



***HILFE UND INTEGRATION
FÜR UKRAINISCHE FRAUEN,
KINDER UND JUGENDLICHE***

Vorschlag für einen Masterplan
von Silvia Breher und Karin Prien

HILFE UND INTEGRATION FÜR UKRAINISCHE FRAUEN, KINDER UND JUGENDLICHE

Vorschlag für einen Masterplan von Silvia Breher und Karin Prien

Vor dem schrecklichen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine fliehen mehrere Millionen Menschen. Wie viele davon in Deutschland ankommen und bleiben werden, lässt sich noch nicht verlässlich einschätzen. Aktuell sind bereits deutlich mehr als 270.000 Kriegsflüchtlinge in Deutschland angekommen. Viele weitere werden Deutschland in den nächsten Wochen noch erreichen. Der allergrößte Teil sind Frauen, Kinder und Jugendliche deren Männer, Brüder und Väter in der Ukraine bleiben, um für ihr Land zu kämpfen. Wir müssen den Schutz für diese Frauen, Kinder und Jugendliche endlich in den Vordergrund stellen.

Viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland helfen und packen seit Wochen einfach an: Sie nehmen Kriegsflüchtlinge bei sich auf, helfen den Ankommenden, stellen das Lebensnotwendige zur Verfügung oder spenden Geld. Das ehrenamtliche Engagement ist überwältigend und zeigt, was in uns steckt. Die Zivilgesellschaft leistet viel, doch die Politik hinkt hinterher.

Denn die Situation regelt sich nicht von selbst. Alle staatlichen Institutionen in Bund, Ländern und Kommunen müssen jetzt an einem Strang ziehen. Die Erfahrung zeigt: Wir brauchen einen Masterplan für die Hilfe und Integration für ukrainische Frauen, Kinder und Jugendliche. Für die CDU tragen viele Politikerinnen und Politiker in Ländern und Kommunen Verantwortung in der aktuellen Situation.

Daher schlagen wir einen Masterplan mit folgenden Punkten vor:

I. Ankunft sicher gestalten, Registrierung sicherstellen

1. ankommende Frauen bekommen **staatlich organisiert und koordiniert** eine **SIM-Karte mit Startguthaben** für den ersten Monat, um Kontaktaufnahme zu Freunden und Angehörigen zu ermöglichen.
2. **systematische Registrierung der Kriegsflüchtlinge zu ihrem eigenen Schutz**
3. **gleichmäßige Verteilung innerhalb Deutschlands und der EU** und wo nötig, Unterstützung bei der Weiterreise.
4. Zum Schutz von Frauen und Kindern **Task Force der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern unter Leitung des BKA** (Erkenntnisse zusammentragen und Abstimmung von Präventionsangeboten); **gezielte, niedrigschwellige Aufklärung** auch in den Unterkünften zum Schutz vor Missbrauch.

II. Gute Unterbringung und Eingewöhnung ermöglichen

5. **Verteilung auf staatliche und private Unterkünfte** muss besser organisiert und koordiniert werden.
6. Zur Unterstützung: **Ehrenamtliche als Verwaltungslotsen**; Ausbau des **Patenschaftsprogramms „Menschen stärken Menschen“** sowie Sonderprogramm **„Freiwilligendienst für ukrainische Kriegsflüchtlinge“**.
Mehr Unterstützung für die Tafeln und andere ehrenamtliche Angebote.
7. **gesundheitliche Erstuntersuchung vor Ort** und **bedarfsorientierte Unterstützung zur Bewältigung psychischer Belastungen** – auch unter Einbeziehung ukrainischer Fachkräfte (Maßnahmen: Erweiterung der Online-Jugend- und Elternberatung auch in ukrainischer Sprache, kurzfristige Aufstockung psychotherapeutischer Kapazitäten, Ausbau der Frühen Hilfen).
8. Die Ankommenden müssen die **Möglichkeit zur Religionsausübung** erhalten: Gerade auf der Flucht finden viele Zuflucht im Gebet.

III. Bildung, Betreuung und Integration frühzeitig und umfassend angehen

9. Integrations- und Sprachkurse müssen mit der Kinderbetreuung so aufeinander abgestimmt werden, dass ein Zugang auch für Mütter mit Kindern möglich ist.
10. Geflüchtete Kinder und Jugendliche sollen möglichst schnell in Kita und Schule integriert werden, um auch die deutsche Sprache zu erlernen.

Maßnahmen:

- Ausbau der Sprach-Kitas
- mehr Kitaplätze durch ein beschleunigtes Investitionsprogramm und temporär erleichterte Zulässigkeitsvoraussetzungen für Kitas und Tagesmütter
- Ausweitung der Regelungen zum schnellen Bau von Flüchtlingsunterkünften auch auf den Neu- und Umbau von zusätzlichen Kitas und Schulen
- Zusätzliche Sozialarbeiter und Freiwillige an Schulen und Kitas
- die in der Corona-Krise aufgebauten Strukturen für digitalen Unterricht auch für geflüchtete ukrainische Jugendliche (technisch) verfügbar machen

11. mehr Fachkräfte in den Kitas und Schulen werden benötigt:

Maßnahmen:

- Ukrainische Qualifikationen und Bildungsabschlüsse leichter und prioritär anerkennen
- Reaktivierung von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern – wo dies im Bedarfsfall erforderlich ist – aus dem Ruhestand mit Anreizen ermöglichen.
- Bundesprogramm „Stark im Beruf“ stärken, um ukrainische Frauen intensiver bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen
- Fortführung der Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher
- Verstetigung der Mittel zur Verbesserung der Kitaqualität aus dem „Gute-Kita-Gesetz“

12. ukrainische Kinder und Jugendliche schnellstmöglich in die außerschulischen Bildungs-, Freizeit- und Sportangebote integrieren.

Maßnahmen:

- Informationskampagne zu Angeboten und Leistungen vor Ort in ukrainischer Sprache
- Einbindung der Mehrgenerationenhäuser mit weiteren Mitteln
- Stärkung der Familienzentren
- Förderung eines Schüler-Patenschaftsprogramms

IV. Jetzt klare Verantwortung übernehmen

Hilfe und Schutz für aus der Ukraine geflüchtete Frauen, Kinder und Jugendliche muss zur Chefsache gemacht werden. Der Bundeskanzler muss endlich Verantwortung übernehmen – insbesondere für die staatliche Schutzpflicht gegenüber den ukrainischen Kriegsflüchtlingen. Im Bundeskanzleramt muss ein handlungsfähiger Krisenstab eingerichtet werden.

Die zentrale Steuerung auf Bundesebene erfolgt zu langsam. Der Staat hinkt der Zivilgesellschaft hinter. Wir brauchen jetzt dringend einen „Hilfsgipfel“ im Kanzleramt.